

# Reglement

## Zurich Invest Freizügigkeitsstiftung



# Inhaltsverzeichnis

## Stiftungsreglement der Zurich Invest Freizügigkeitsstiftung

1. Stiftungszweck und Gegenstand des Stiftungsreglementes
2. Vorsorgevereinbarung
3. Anlagen
4. Einzahlungen und Rückzug
5. Dauer und Auflösung der Vorsorgevereinbarung
6. Abtretung und Verpfändung
7. Anspruchsberechtigung
8. Begünstigung
9. Geltendmachung
10. Berechnung des Freizügigkeitsguthabens
11. Steuer-Meldepflicht
12. Reportingpflichten der Stiftung
13. Korrespondenz, Mitteilungen, Aufzeichnung von Gesprächen
14. Beanstandungen durch den Vorsorgenehmer
15. Anwendbares Recht/Erfüllungs- und Betreuungsort/Gerichtsstand
16. Vorbehalt gesetzlicher Bestimmungen
17. Haftung
18. Legitimationsprüfung
19. Änderung des Stiftungsreglements
20. Inkrafttreten des Reglements

## Anlagereglement der Zurich Invest Freizügigkeitsstiftung

1. Anlage des Vorsorgevermögens
  2. Eigenschaften der Anteile
  3. Wechsel der Anlagestrategie durch den Vorsorgenehmer
  4. Rebalancing
  5. Wechsel der Anlagestrategie durch die Stiftung
  6. Bewertung von Anteilen (Erwerbs- bzw. Verkaufspreis)
  7. Kontoauflösung
  8. Aufträge/Instruktionen
  9. Änderung des Anlagereglementes
  10. Übrige Bestimmungen
- Anhang 1  
Anhang 2

## Konditionen der Zurich Invest Freizügigkeitsstiftung

1. Kontoführung und Gebühren
2. Dienstleistungen
3. Mindesteinzahlungen
4. Rückzüge
5. Wohneigentumsförderung
6. Steuern
7. Änderung der Konditionen

# Reglement

## Zürich Invest Freizügigkeitsstiftung

### Stiftungsreglement der Zürich Invest Freizügigkeitsstiftung

#### 1. Stiftungszweck und Gegenstand des Stiftungsreglementes

**1** Die Zürich Invest Freizügigkeitsstiftung (nachfolgend Stiftung genannt) bezweckt die Erhaltung des obligatorischen und ausserobligatorischen Vorsorgeschatzes im Bereich der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge. Sie nimmt zu diesem Zweck Einzahlungen von Vorsorgeeinrichtungen und von anderen der Erhaltung des Vorsorgeschatzes dienenden Einrichtungen zugunsten von Vorsorgenehmern entgegen.

Die Stiftung schliesst keine Vorsorgevereinbarung mit US-Personen im Sinne der Gesetzgebung der USA oder mit Personen mit Wohnsitz im Ausland ab (Neueröffnungen).

Die administrative Konto- und Depotführung der Stiftung wird durch die Lienhardt & Partner Privatbank Zürich AG durchgeführt.

**2** Die Stiftung führt als Vorsorgeform anerkannte, zweckgebundene Konti (nachfolgend Freizügigkeitskonti genannt).

**3** Das Freizügigkeitskonto dient ausschliesslich und unwiderruflich der beruflichen Vorsorge im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen. Rückzüge oder eine Auflösung des Kontos sind nur im Rahmen eines in diesem Stiftungsreglement genannten Grundes möglich.

**4** Das vorliegende Stiftungsreglement bestimmt die Rechte und Pflichten der Vorsorgenehmer und anderer anspruchsberechtigter Personen sowie der Stiftung im Rahmen der massgeblichen gesetzlichen Bestimmungen.

**5** Integrierender Bestandteil dieses Stiftungsreglements sind das Anlagereglement und die Konditionen der Stiftung.

#### 2. Vorsorgevereinbarung

Der Vorsorgenehmer schliesst mit der Stiftung eine Vorsorgevereinbarung ab; dieses Stiftungsreglement stellt einen integrierenden Bestandteil davon dar. Mit der Vorsorgevereinbarung wird die Eröffnung eines Freizügigkeitskontos zur Erhaltung des Vorsorgeschatzes entsprechend den Vorschriften des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 17.12.1993 (FZG) und der Verordnung über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 3.10.1994 (FZV) zugunsten des Vorsorgenehmers bezweckt.

#### 3. Anlagen

**1** Die Einzahlungen auf ein von der Stiftung bei einer Bank eröffnetes und auf ihren Namen lautendes Konto in Schweizer Franken (CHF) werden von der Stiftung durch Vermittlung einer Depotbank zum Erwerb von Anteilen der über die Stiftung angebotenen Vermögensanlagen verwendet, welche den Anlagevorschriften der Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV2) entsprechen.

Der jeweilige Wert dieser zugunsten des Vorsorgenehmers erworbenen Anteile wird dem Freizügigkeitskonto des Vorsorgenehmers gutgeschrieben.

Art. 19 und Art. 19a FZV werden eingehalten. Für die Anlage der Gelder der gebundenen Vorsorgevereinbarung gelten beim Wertschriftensparen die Artikel 49–58 BVV 2 sinngemäss.

**2** Zugunsten von Vorsorgenehmern, welche ihren Wohnsitz im Ausland haben, erwirbt die Stiftung keine Anteile. Entsprechende Einzahlungen werden nicht angenommen oder zurück überwiesen.

**3** Für das Freizügigkeitsguthaben besteht weder Anspruch auf eine Verzinsung noch auf Kapitalwerterhaltung. Das Anlagerisiko trägt der Vorsorgenehmer.

**4** Die Einzelheiten werden im Anlagereglement festgelegt.

**5** Beträgt die Einlage in die Stiftung mindestens CHF 200'000 kann die Stiftung im Auftrag des Vorsorgenehmers und im Namen der Stiftung Anteile an Anlagegruppen der Zürich Anlagestiftung (siehe Anhang 1) oder - soweit die dafür erforderlichen Voraussetzungen gegeben sind ab CHF 1'000'000 - an einem Teilvermögen des Zürich Invest Institutional Funds (siehe Anhang 2) erwerben. Die Stiftung schliesst mit dem Vorsorgenehmer eine Zusatzvereinbarung ab. Vorsorgevereinbarung und Stiftungsreglement behalten ihre Gültigkeit. Vom Anlagereglement findet nur Ziffer 1.3 Anwendung soweit die Zusatzvereinbarung nicht etwas anderes vorsieht.

#### 4. Einzahlungen und Rückzug

**1** Einbezahlt werden können nur Gelder von steuerbefreiten Vorsorge- oder Freizügigkeits-einrichtungen. Massgebend für den Erwerbspreis der im Auftrag und zugunsten des Vorsorgenehmers erworbenen Anteile ist der auf die Einzahlung folgende Ermittlungstag. Die Einzelheiten werden im Anlagereglement festgelegt. Bareinzahlungen sind ausgeschlossen.

**2** Bei Widerhandlung gegen diese Bestimmungen trägt der Vorsorgenehmer den dadurch entstehenden Schaden. Die Stiftung haftet nur für grobes Verschulden. Sämtliche der Stiftung anfallenden Kosten aller Art werden in diesem Fall dem Vorsorgenehmer belastet.

**3** Rückzüge können nur in den gesetzlich oder reglementarisch vorgesehenen Fällen und nur mittels Überweisung oder Übertragung der Anteile auf ein der Stiftung vom Vorsorgenehmer, von der anspruchsberechtigten Person oder von der neuen Pensionskasse des Vorsorgenehmers schriftlich mitgeteiltes Konto bzw. Wertschriftendepot bei einer Bank- oder Postniederlassung in der Schweiz erfolgen. Barrückzüge sind ausgeschlossen.

**4** Falls eine frühere Vorsorgeeinrichtung aufgrund bestehender oder bestandener Arbeitsunfähigkeit oder Teilinvalidität Hinterlassenen- oder Invalidenleistungen entrichtet, kann die frühere Vorsorgeeinrichtung das Freizügigkeitsguthaben jederzeit rückfordern, sofern das zur Entrichtung der Leistung notwendig ist. Dies kann auch zu einem Zeitpunkt erfolgen, in welchem aufgrund Marktschwankungen ein Verlust der Anlage resultiert.

**5** Ohne ausdrücklichen schriftlichen Auftrag des Vorsorgenehmers werden die Anteile verkauft. Eine Teilauslieferung von Anteilen ist ausgeschlossen.

**6**  
Aus einer Übertragung von Anteilen resultierende gesetzliche Abgaben sowie allfällige von der Stiftung erhobene Gebühren werden dem Vorsorgevermögen des Vorsorgenehmers vor der Übertragung der Anteile belastet. Die Stiftung behält sich vor, zu diesem Zweck Anteile zu verkaufen.

**7**  
Vorsorgenehmer bzw. Begünstigte, welche im Zeitpunkt des Rückzugs ihren Wohnsitz in den USA haben (US-Residents), können keine Übertragung der Anteile auf ein Wertschriftendepot verlangen.

**8**  
Eine Übertragung von Anteilen an Anlagegruppen der Zürich Anlagestiftung, welche die Stiftung im Auftrag des Vorsorgenehmers erwirbt, auf ein Wertschriftendepot des Vorsorgenehmers, ist nicht möglich.

**9**  
Die Stiftung behält sich vor, auch in weiteren Fällen eine Auslieferung von Anteilen auszu-schliessen.

## 5. Dauer und Auflösung der Vorsorgevereinbarung

**1**  
Vorbehältlich Absatz 2 endet die Vorsorgevereinbarung mit dem Erreichen des Referenzalters gemäss Art. 13 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 25. Juni 1982 (BVG), in jedem Fall aber mit dem Tod des Vorsorgenehmers.

**2**  
Der Vorsorgenehmer hat indessen das Recht, frühestens 5 Jahre vor dem Erreichen des Referenzalters die Auflösung der Vorsorgevereinbarung zu verlangen. Eine Verlängerung der Vorsorgevereinbarung ist möglich, wenn der Vorsorgenehmer nachweist, dass er weiterhin erwerbstätig ist. In diesem Fall kann er den Bezug der Vorsorgeleistung bis höchstens fünf Jahre nach Erreichen des Referenzalters aufschieben. Gibt der Vorsorgenehmer innerhalb der Verlängerung der Vorsorgevereinbarung seine Erwerbstätigkeit auf, muss die Vorsorgevereinbarung aufgelöst werden. Vorsorgenehmer, die ihre Altersleistungen in den Jahren 2024 – 2029 beziehen müssten, weil sie das Referenzalter erreichen oder bereits überschritten haben, und die nicht mehr erwerbstätig sind, können die Auszahlung dieser Leistungen bis zum 31.12.2029 aufschieben, höchstens aber fünf Jahre über das Erreichen des Referenzalters hinaus.

**3**  
Die Auflösung der Vorsorgevereinbarung vor Erreichen des Referenzalters nach Art. 13 Abs. 1 BVG ist nur in den unter Ziffer 7 Absatz 6 erwähnten Fällen zulässig.

**4**  
Bringt der Vorsorgenehmer das Freizügigkeitsguthaben in eine steuerbefreite Vorsorgeeinrichtung ein oder wechselt er die Institution oder die Form der Erhaltung des Vorsorgeschutzes, so wird das Guthaben der neuen Vorsorgeeinrichtung bzw. der anderen anerkannten Institution direkt überwiesen. Der Vorsorgenehmer ist verpflichtet, der Stiftung die neue Vorsorgeeinrichtung bzw. Institution unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

## 6. Abtretung und Verpfändung

Das Freizügigkeitsguthaben kann vor seiner Fälligkeit weder verpfändet noch abgetreten werden. Vorbehalten bleiben Art. 22 FZG (Ehescheidung bzw. gerichtliche Auflösung einer ein- getragenen Partnerschaft) oder der ganze oder teilweise Vorbezug des Guthabens oder dessen Verpfändung im Zusammenhang mit den gesetzlichen Bestimmungen über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge.

## 7. Anspruchsberechtigung

**1**  
Die nachfolgend aufgeführten Leistungen sind abschliessend. Es werden insbesondere keine Invalideitsleistungen erbracht.

**2**  
Ohne anders lautenden schriftlichen Auftrag des Vorsorgenehmers werden die Leistungen ausschliesslich in Kapitalform ausbezahlt; eine Rentenleistung ist ausgeschlossen. Bei übertragungsfähigen Anteilen an Vermögensanlagen kann die Stiftung im Auftrag des Vorsorgenehmers auch die Übertragung der Anteile auf ein Wertschriftendepot bei einer Bank vornehmen.

**3**  
Das Freizügigkeitsguthaben wird im Erlebensfall als Altersleistung dem Vorsorgenehmer, nach dessen Ableben als Todesfallkapital den Begünstigten gemäss Ziffer 8 ausgerichtet.

**4**  
An verheiratete oder in eingetragener Partnerschaft lebende Vorsorgenehmer ist die Auszahlung der Altersleistung nur zulässig, wenn der Ehegatte oder der eingetragene Partner schriftlich zustimmt. Kann der Vorsorgenehmer die Zustimmung nicht einholen oder wird sie ihm verweigert, so kann er das Zivilgericht anrufen.

**5**  
Die Stiftung kann die Beglaubigung der Unterschriften verlangen. Die Kosten dafür sind vom Vorsorgenehmer zu tragen.

**6**  
Während der Dauer der Vorsorgevereinbarung sind mit Ausnahme von Ziffer 5 Absätze 1 und 2 sowie in den nachfolgend aufgeführten Fällen keine Rückzüge möglich. Ein vorzeitiger Bezug des Freizügigkeitsguthabens ist möglich, wenn:

a) der Vorsorgenehmer eine ganze Invalidenrente der eidgenössischen Invalidenversicherung bezieht und das Invaliditätsrisiko nicht versichert ist (Art. 16 Abs. 2 FZV);

b) der Vorsorgenehmer das Freizügigkeitsguthaben in eine steuerbefreite Vorsorgeeinrichtung einbringt;

c) der Vorsorgenehmer die Institution oder die Form der Erhaltung des Vorsorgeschutzes wechselt (Art. 12 FZV);

d) der Vorsorgenehmer eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnimmt und der beruflichen Vorsorge nicht mehr untersteht (Art. 14 FZV i. V. m. Art. 5 FZG); nimmt der Vorsorgenehmer eine selbständige Erwerbstätigkeit auf, so muss die Auszahlung innerhalb eines Jahres nach Aufnahme der selbständigen Erwerbstätigkeit erfolgen;

e) der Vorsorgenehmer die Schweiz endgültig verlässt, wobei der obligatorische Teil des Guthabens bei einem Wegzug in ein EU/EFTA-Land nicht bezogen werden kann, wenn der Vorsorgenehmer in diesem Land auch einem Versicherungsobligatorium untersteht (Art. 14 FZV i. V. m. Art. 5 FZG; vorbehalten bleibt Art. 25f FZG);

f) der Vorsorgenehmer das Freizügigkeitsguthaben für selbstgenutztes Wohneigentum gemäss den gesetzlichen Bestimmungen über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge verwendet.

**7**  
Die der Stiftung entstehenden Kosten für die Auszahlung eines Vorbezuges gemäss den gesetzlichen Bestimmungen über die Wohneigentumsförderung stellt sie dem Vorsorgenehmer in Rechnung. Massgebend sind die Konditionen der Stiftung. Die Gebühren für die Anmerkung im Grundbuch gehen ebenfalls zu Lasten des Vorsorgenehmers.

**8**  
In den Fällen von Ziffer 7 Absatz 3 lit. d–f ist für verheiratete oder in eingetragener Partnerschaft lebende Vorsorgenehmer die Auszahlung nur zulässig, wenn der Ehegatte oder der eingetragene Partner schriftlich zustimmt. Kann der Vorsorgenehmer die Zustimmung nicht einholen oder wird sie ihm verweigert, so kann er das Zivilgericht anrufen.

**9**  
Die Stiftung kann die Beglaubigung der Unterschriften verlangen. Die Kosten dafür sind vom Vorsorgenehmer zu tragen.

**10**  
Ein teilweiser Rückzug des Freizügigkeitsguthabens ist nur in den Fällen von Absatz 6 lit. b und f möglich.

**11**  
In den Fällen von Absatz 6 lit. b, c und f ist eine Übertragung der Anteile auf ein Wertschriftendepot bei einer Bank ausgeschlossen.

## 8. Begünstigung

**1**  
Nach Ableben des Vorsorgenehmers können die Begünstigten insoweit die Ausrichtung der Todesfallleistung verlangen, als im Zeitpunkt des Todes noch keine Altersleistungen aufgrund Ziffer 5 Absatz 1 oder 2 erbracht worden sind.

**2** Begünstigt sind folgende Personen in nächstehender Reihenfolge:

1. die Hinterlassenen nach Art. 19, 19a und 20 BVG; bei deren Fehlen
2. übrige natürliche Personen, die vom Vorsorgenehmer in erheblichem Masse unterstützt worden sind, oder die Person, die mit diesem in den letzten fünf Jahren bis zu seinem Tod ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft geführt hat oder die für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss; bei deren Fehlen
3. die Kinder des Verstorbenen, welche die Voraussetzungen nach Art. 20 BVG nicht erfüllen, bei deren Fehlen
4. die Eltern, bei deren Fehlen
5. die Geschwister; bei deren Fehlen
6. die übrigen gesetzlichen Erben, unter Ausschluss des Gemeinwesens.

**3** Der Vorsorgenehmer kann die Ansprüche der Begünstigten näher bezeichnen und den Kreis von Personen nach Absatz 2 Ziffer 1 mit solchen nach Ziffer 2 erweitern.

**4** Andere Personen als die in Ziffer 1 bis 4 genannten sind nicht anspruchsberechtigt.

**5.** Die Stiftung kann die Leistungen an eine begünstigte Person kürzen oder verweigern, wenn sie Kenntnis davon erlangt, dass diese den Tod des Vorsorgenehmers vorsätzlich herbeigeführt hat (Art. 15a FZV). Die frei gewordene Leistung fällt dem nächsten Begünstigten nach Absatz 2 zu.

## 9. Geltendmachung

**1** Der Vorsorgenehmer sowie die anspruchsberechtigten Personen haben der Stiftung sämtliche für die Geltendmachung des Anspruchs auf Ausrichtung des Freizügigkeitsguthabens notwendigen Angaben zu machen sowie die erforderlichen Dokumente und Beweismittel vorzulegen. Die Stiftung behält sich vor, weitere Abklärungen zu treffen.

**2** Ist die Frage, wem das Freizügigkeitsguthaben zusteht, streitig, kann die Stiftung die Ausrichtung verweigern und sich durch gerichtliche oder anderweitige Hinterlegung auf Gefahr und Kosten der anspruchsberechtigten Personen befreien.

**3** Freizügigkeitsguthaben, welche bei Fälligkeit im Sinne von Ziffer 5 Absätze 1 und 2 nicht an die anspruchsberechtigten Personen ausgerichtet werden können, verbleiben in der Stiftung und werden nach Ablauf von 10 Jahren ab dem ordentlichen Rücktrittsalter gemäss Art. 13 BVG an den Sicherheitsfonds überwiesen; dieser verwendet sie zur Finanzierung der Zentralstelle 2. Säule (Art. 41 Abs. 3 BVG).

Berechtigte Personen solcher Gelder können die Ansprüche im Anschluss an die Überweisung beim Sicherheitsfonds geltend machen. Der Sicherheitsfonds übernimmt auch die Pflicht der Aufbewahrung der Daten, bis die berechtigte Person das 100. Altersjahr vollendet hätte.

## 10. Berechnung des Freizügigkeitsguthabens

**1** Wird das Freizügigkeitsguthaben in Kapitalform ausgerichtet, so entspricht dieses dem Produkt aus der Multiplikation der zugunsten des Vorsorgenehmers erworbenen Anzahl Anteile mit dem Verkaufswert eines ganzen Anteils. Der Verkaufswert richtet sich nach Ziffer 6 des Anlagereglementes.

**2** Bei der Übertragung der Anteile auf ein Wertschriftendepot bei einer Bank werden die erworbenen Anteile auf das Depot transferiert.

## 11. Steuer-Meldepflicht

**1** Die Auszahlung des Freizügigkeitsguthabens sowie eine allfällige Übertragung von Anteilen auf ein Wertschriftendepot bei einer Bank unterliegen wie eine Versicherungsleistung der Meldepflicht nach Massgabe des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer vom 13.10.1965.

**2** Bei Auszahlungen, die gemäss den gesetzlichen Vorschriften quellensteuerpflichtig sind, wird die Quellensteuer am Sitz der Stiftung in Abzug gebracht.

**3** Die Anspruchsberechtigten mit Wohnsitz im Ausland sind für die Deklaration der Vorsorgeleistung gegenüber den Steuerbehörden in ihrem Domizilland und für die Abklärung allfälliger steuerlicher Konsequenzen selbst verantwortlich sind.

## 12. Reportingpflichten der Stiftung

Die Stiftung befolgt die gesetzlich vorgeschriebenen Dokumentations- und Reportingpflichten gemäss schweizerischem Recht. Der Vorsorgenehmer nimmt zur Kenntnis, dass die Stiftung von Gesetzes wegen zur Auskunft an berechnete Drittpersonen und/oder Institutionen verpflichtet sein kann.

## 13. Korrespondenz, Mitteilungen, Aufzeichnung von Gesprächen

**1** Sämtliche Korrespondenz des Vorsorgenehmers ist an die Stiftung zu richten.

**2** Der Vorsorgenehmer ist verpflichtet, Änderungen seiner Adresse oder seiner Personalien, insbesondere des Zivilstandes (Heirat, Scheidung, Eingehen oder gerichtliche Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft), unverzüglich der Stiftung mitzuteilen.

**3** Die Stiftung lehnt jede Verantwortung für die Folgen ungenügender, verspäteter oder unrichtiger Angaben von Adresse oder Personalien ab.

**4** Mitteilungen der Stiftung an den Vorsorgenehmer gelten als rechtsgültig erfolgt, wenn sie an die letzte bekannte Adresse aufgegeben worden sind.

**5** Die Stiftung ist ermächtigt, die über Telefon geführten Gespräche aufzuzeichnen und auf Datenträger zu speichern.

**6** Mit der Verwendung von E-Mail als Kommunikationsmittel erklärt der Vorsorgenehmer, dass er sich der damit verbundenen Risiken (insbesondere hinsichtlich der eingeschränkten Überprüfbarkeit der Identität der das Kommunikationsmittel verwendenden Person, Echtheit von Unterschriften und anderen Informationen, etc.) bewusst ist.

**7** Der Vorsorgenehmer hat die per E-Mail an die Stiftung gerichtete Kommunikation bzw. die per E-Mail an die Stiftung erteilten Aufträge ausschliesslich an [ziag.vorsorgestiftungen@zurich.ch](mailto:ziag.vorsorgestiftungen@zurich.ch) zu senden. Die von der Stiftung ausgehende Kommunikation per E-Mail ergeht an die vom Vorsorgenehmer angegebene E-Mail-Adresse.

**8** Es liegt im Ermessen der Stiftung, inwiefern sie die ihr via E-Mail eingehende Kommunikation bzw. die ihr via E-Mail erteilten Aufträge beachtet. Sie kann die Benutzung eines anderen Kommunikationsmittels verlangen.

Die Stiftung kann die rechtzeitige Ausführung eines ihr via E-Mail erteilten Auftrages nicht gewährleisten.

## 9

Die Stiftung haftet nicht für die Richtigkeit oder Vollständigkeit von Daten, die von ihr oder an sie via E-Mail übertragen werden.

Die Stiftung haftet nicht für direkte oder indirekte Schäden, die dem Vorsorgenehmer durch die Kommunikation per E-Mail bzw. durch die Ausführung, Nichtausführung oder nicht korrekte Ausführung eines der Stiftung per E-Mail erteilten Auftrages oder aufgrund von Übertragungsfehlern, technischen Störungen, Betriebs- oder anderen Unterbrechungen, Verzögerungen, Manipulationen, Unzulänglichkeiten (nicht erkannte Fälschungen, Fehler, Verspätungen, Entstellungen, Missverständnisse, Einsichtnahme durch unbefugte Dritte, Mitteilungsverluste, Unvollständigkeiten, Irrtümer, Doppelausfertigungen etc.), Missbrauch oder rechtswidrigen Eingriffen in Kommunikationsmittel und -anlagen entstehen oder in anderer Weise mit der Nutzung von E-Mail in Zusammenhang stehen. Beruhen nicht autorisierte Aufträge auf der Verwendung von E-Mail und entsteht der Stiftung dadurch ein Schaden, haften der Vorsorgenehmer und die Stiftung nach den gesetzlichen Grundsätzen des Mitverschuldens.

## 14. Beanstandungen durch den Vorsorgenehmer

Beanstandungen des Vorsorgenehmers wegen Ausführung oder Nichtausführung von Aufträgen jeder Art oder Beanstandungen von Konto- und Depotauszügen sowie anderen Mitteilungen sind innert 30 Tagen nach Versand der diesbezüglichen Anzeige anzubringen. Bei späteren Beanstandungen trägt der Vorsorgenehmer den Schaden. Mit Ablauf der 30-tägigen Beanstandungsfrist gelten Konto- und Depotauszüge sowie Aufstellungen, Bescheinigungen und ähnliche Dokumente mit allen enthaltenen Posten als genehmigt.

## 15. Anwendbares Recht/ Erfüllung- und Betreibungsort/ Gerichtsstand

### 1

Alle Rechtsbeziehungen des Vorsorgenehmers mit der Stiftung und alle damit im Zusammenhang stehenden Ansprüche unterstehen schweizerischem Recht.

### 2

Erfüllungs- und Betreibungsort für Vorsorgenehmer mit ausländischem Wohnsitz ist Zürich.

Gerichtsstand für alle Ansprüche aus Geschäftsbeziehungen mit der Stiftung ist nach Wahl des Vorsorgenehmers der Sitz der Stiftung oder der schweizerische Wohnsitz des Vorsorgenehmers.

Sämtliche Leistungen werden ausschliesslich durch Überweisung auf ein Konto bei einer Bank oder Postniederlassung erbracht.

## 16. Vorbehalt gesetzlicher Bestimmungen

Zwingende Gesetzes- und Verordnungsvorschriften gehen widersprechenden Bestimmungen dieses Reglementes und der Vorsorgevereinbarung vor. Insbesondere sind nachträgliche Änderungen der Gesetze und Verordnungen auch ohne Anzeige an die Vorsorgenehmer gültig.

## 17. Haftung

Die Stiftung haftet nicht für die Folgen, die sich aus der Nichteinhaltung von gesetzlichen, vertraglichen oder reglementarischen Verpflichtungen durch den Vorsorgenehmer ergeben.

## 18. Legitimationsprüfung

### 1

Die Identität des Vorsorgenehmers oder anderer anspruchsberechtigter Personen wird mittels der Unterschrift auf der Vorsorgevereinbarung oder auf anderen Dokumenten geprüft. Eine weitergehende Legitimationsprüfung seitens der Stiftung bleibt vorbehalten.

### 2

Den aus dem Nichterkennen von Legitimationsmängeln und Fälschungen entstandenen Schaden trägt der Vorsorgenehmer, sofern seitens der Stiftung bzw. der für sie handelnden Personen die geschäftsübliche Sorgfalt angewendet worden ist.

## 19. Änderung des Stiftungsreglements

Die Stiftung ist berechtigt, dieses Reglement jederzeit zu ändern. Die Änderungen werden der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Kenntnis gebracht und dem Vorsorgenehmer auf geeignete Weise bekannt gegeben.

## 20. Inkrafttreten des Reglements

Dieses Reglement ersetzt die Fassung vom 1. Januar 2024 und tritt per 1. Juli 2024 in Kraft.

Zürich, im Mai 2024  
Der Stiftungsrat



## Anlagereglement der Zurich Invest Freizügigkeitsstiftung

Gestützt auf Ziffer 3 des Stiftungsreglementes erlässt der Stiftungsrat das folgende Anlage-reglement.

### 1. Anlage des Vorsorgevermögens

**1** Mit dem Abschluss der Vorsorgevereinbarung beauftragt der Vorsorgenehmer die Zurich Invest Freizügigkeitsstiftung (nachfolgend Stiftung genannt), sein Freizügigkeitsguthaben in Anteilen an den über die Stiftung angebotenen Vermögensanlagen (nachfolgend Anlagestrategien genannt) anzulegen.

#### Anlagestrategien

- Anlagestrategie TIF Obligationen (Valor: 003.833.974)
- Anlagestrategie TIF 25 (Valor: 003.833.983)
- Anlagestrategie TIF 35 (Valor: 003.833.995)
- Anlagestrategie TIF 45 (Valor: 003.834.010)
- Anlagestrategie TIF Geldmarkt (Valor: 003.834.061)
- Ab einem Vermögen von CHF 200'000 siehe Anhang 1
- Ab einem Vermögen von CHF 1'000'000 mit einer maximalen Aktienquote von 85%, siehe Anhang 2

Diese Anlagestrategien investieren in Anlage-fonds. Die zur Verfügung stehenden Anlage-strategien werden von der Stiftung in der Pro-duktebroschüre umschrieben. Dieser kann jederzeit bei der Stiftung einverlangt werden.

Kauf- und Verkaufsaufträge werden wöchen-tlich abgewickelt.

Ausnahmen werden im Einzelfall von der Zurich Invest Freizügigkeitsstiftung kommu-niziert.

Zwischen dem 24. Dezember und dem 3. Januar findet kein Handel statt.

Die Stiftung handelt nicht mit Derivaten. Sollte dies in der Zukunft der Fall sein, werden die notwendigen Vorkehrungen gemäss Artikel 113 Abs. 1 der Finanzmarktinfrastrukturverord-nung (FinfraV) getroffen.

**2** Der Vorsorgenehmer kann für die Anlage seines Vorsorgevermögens eine oder meh-rere Anlagestrategie auswählen; vorbehal-ten bleibt Ziffer 3 Absätze 2 und 3. Bis zu einem Widerruf durch den Vorsorgeneh-mer (vgl. Ziffer 3) legt die Stiftung das Vorsorgevermögen gemäss Angaben auf der Vorsorgevereinbarung an.

**3** Die von der Stiftung angebotenen Anlagestra-tegien entsprechen den Anlagevorschriften gemäss BVV 2.

Die Stiftung kann gestützt auf Art. 50 Abs. 4 BVV 2 von den Anlagevorschriften gemäss BVV 2 abweichen und die zulässigen Anla-geerweitern. Die Stiftung legt in der Jah-resrechnung dar, dass die Vorschriften be-treffend Sicherheit und Risikoverteilung nach Art. 50 Abs. 1-3 BVV 2 eingehalten werden.

Wird mit dem Vorsorgenehmer eine Zusatz-vereinbarung (vgl. Ziffer 3 Abs. 5 des Regle-ments) abgeschlossen, wird sichergestellt, dass der Vorsorgenehmer im Rahmen der Vorsorgevereinbarung ausreichend über das erhöhte Risiko aufmerksam gemacht wird und er über die entsprechende Risi-kotoleranz verfügt.

### 2. Eigenschaften der Anteile

Die Ansprüche des Vorsorgenehmers in Form von Anteilen an den Anlagestrategien richten sich ausschliesslich gegen die Zurich Invest Freizügigkeitsstiftung. Die Anteile haben keinen festen Nennwert und sind nicht in Wertpapieren verurkundet.

### 3. Wechsel der Anlagestrategie durch den Vorsorgenehmer

**1** Der Vorsorgenehmer kann die Stiftung schriftlich beauftragen, sein gesamtes Vorsorge-vermögen in eine oder mehrere über die Stif-tung angebotenen Anlagestrategien gemäss Ziffer 1 Anlagereglement zu investieren.

**2** Der Vorsorgenehmer definiert, wie zukünf-tige Einzahlungen und Überträge in die ge-wählten Anlagestrategien gemäss Ziffer 1 Anlagereglement investiert werden sollen.

Die Stiftung informiert den Vorsorgenehmer bei der Wahl einer Anlagestrategie über die verschiedenen Anlagestrategien und die damit jeweils verbundenen Risiken und Kos-ten.

**3** Der Wechsel der Anlagestrategie ist kostenlos.

**4** Die Stiftung stellt die entsprechenden For-mulare oder Tools für die Beauftragung ein-es Wechsels der Anlagestrategie zur Verfügung.

**5** Bei einem Wechsel der Anlagestrategie richtet sich der Verkaufs- bzw. Erwerbspreis nach Ziffer 6 des Anlagereglements.

### 4. Rebalancing

Bei der Wahl mehrerer Anlagestrategien ge-mäss Ziffer 1 Anlagereglement legt der Vor-sorgenehmer die Zielgewichtung dieser An-lagestrategien fest.

Aufgrund von Bewegungen an den Finanz-märkten kann es über die Laufzeit zu einer Abweichung von dieser gewählten Zielge-wichtung kommen.

Bei der Wahl der Option "Rebalancing" wird sichergestellt, dass die Abweichung nicht mehr als 20% von der gewählten Zielgewich-tung beträgt.

Die tatsächliche Gewichtung der verschie-denen Anlagestrategien wird wöchentlich geprüft und mit der gewählten Zielgewich-tung verglichen.

Liegt die Gewichtung einer der gewählten Anlagestrategie um mehr als 20% über oder unter der ursprünglich gewählten Ge-wichtung, so wird ein Rebalancing ausge-löst.

Die Anlagestrategien werden auf die ge-wählte Zielgewichtung zurückgesetzt.

Bei der Wahl der Option "Rebalancing" wird durch Verkauf und Kauf von Anlage-strategien sichergestellt, dass die Ab-weichung nicht mehr als 20% von der ge-wählten Zielgewichtung beträgt.

Das Rebalancing findet jeweils wöchentlich statt.

Ohne Rebalancing erfolgen keine automati-schen Umschichtungen und die Gewichtung der Anlagestrategien kann langfristig vom ursprünglich gewählten Gewicht abweichen.

### 5 Wechsel der Anlagestrategie durch die Stiftung

**1** Die Stiftung behält sich vor, die über sie ange-botenen Anlagestrategien nach schriftlicher Mitteilung an den Vorsorgenehmer nicht mehr weiter anzubieten und dem Vorsorgenehmer stattdessen den Wechsel in eine andere An-lagestrategie mit ähnlichem Risiko- und Ren-diteprofil zu ermöglichen. Dieser Wechsel ist für den Vorsorgenehmer kostenlos.

**2** Bei einem Wechsel der Anlagestrategie richtet sich der Verkaufs- bzw. Erwerbspreis nach Ziffer 6 des Anlagereglements.

### 6 Bewertung von Anteilen (Erwerbs- bzw. Verkaufspreis)

Der Erwerbs- bzw. Verkaufspreis eines ganzen Anteils wird wöchentlich ermittelt, indem das Anlagevermögen der entsprechenden Anlage-strategie zum Marktwert am Ermittlungstag durch die bestehenden Anteile geteilt wird, uzüglich bzw. abzüglich allfälliger Spesen und gesetzlicher Abgaben, welche der Anlagestra-tegie aus dem Erwerb oder Verkauf der Anlage durchschnittlich entstehen.

### 7 Kontoauflösung

Die Auflösung des Freizügigkeitskontos hat automatisch die Veräusserung bzw. Übertra-gung sämtlicher Anteile an der Anlagestra-tegie zur Folge.

## 8 Aufträge/Instruktionen

Die der Stiftung schriftlich erteilten Aufträge und Instruktionen werden im üblichen Arbeitsablauf erledigt. Die Stiftung übernimmt keine Haftung für nicht fristgemäss ausgeführte Aufträge und dadurch entstandene Schäden (insbesondere infolge Kursveränderungen), sofern sie die übliche Sorgfalt angewendet hat.

## 9 Änderung des Anlagereglementes

Die Stiftung ist berechtigt, das Anlagereglement jederzeit zu ändern. Die Änderungen sind der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis zu bringen. Sie werden den Vorsorgenehmern in geeigneter Weise bekannt gegeben.

## 10 Übrige Bestimmungen

**1**  
Im Übrigen gelten, soweit anwendbar, das Stiftungsreglement und die Konditionen der Zurich Invest Freizügigkeitsstiftung sowie die für die einzelnen Anlagestrategien massgebenden Anlagerichtlinien und Reglemente in der jeweils gültigen Fassung.

**2**  
Dieses Reglement ersetzt die Fassung vom 1. Juli 2023 und tritt per 1. Juli 2024 in Kraft.

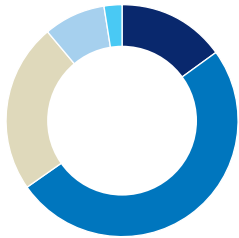
Zürich, im Mai 2024  
Der Stiftungsrat



# Anhang 1 – für Vermögen ab CHF 200'000

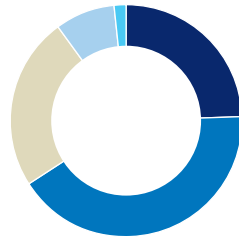
Anteile an Anlagegruppe der Zurich Anlagestiftung

**Profil Defensiv<sup>1</sup>**



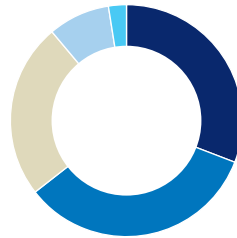
- Aktien 15,0%
- Obligationen 50,5%
- Immobilien 23,5%
- Alternative Anlagen 8,5%
- Liquidität 2,5%

**Profil Ausgewogen<sup>1</sup>**



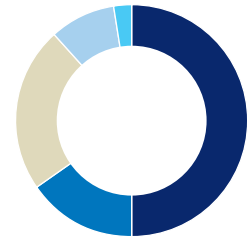
- Aktien 24,5%
- Obligationen 41,5%
- Immobilien 24,0%
- Alternative Anlagen 8,5%
- Liquidität 1,5%

**Profil Progressiv<sup>1</sup>**



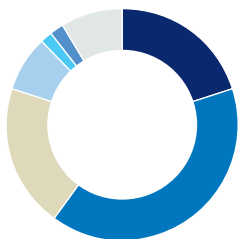
- Aktien 33,5%
- Obligationen 31,0%
- Immobilien 24,5%
- Alternative Anlagen 8,5%
- Liquidität 2,5%

**Profil Dynamisch<sup>1</sup>**



- Aktien 50,0%
- Obligationen 15,5%
- Immobilien 23,0%
- Alternative Anlagen 9,0%
- Liquidität 2,5%

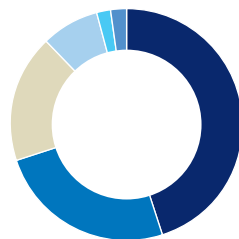
**Mix 20<sup>1</sup>**



- Aktien (passiv) 20,0%
- Obligationen 40,0%
- Immobilien 20,0%
- Alternative Anlagen 8,0%
- Liquidität 1,5%
- Wandelanleihen 2,0%
- Geldmarkt 8,5%

**Mix 45<sup>1</sup>**

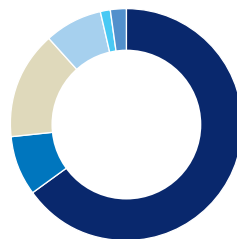
(nicht BVV 2 konform)



- Aktien (passiv) 45,0%
- Obligationen 25,0%
- Immobilien 18,0%
- Alternative Anlagen 8,0%
- Liquidität 2,0%
- Wandelanleihen 2,0%

**Mix 65<sup>1</sup>**

(nicht BVV 2 konform)



- Aktien (passiv) 65,0%
- Obligationen 8,5%
- Immobilien 15,0%
- Alternative Anlagen 8,0%
- Liquidität 1,5%
- Wandelanleihen 2,0%

<sup>1</sup> Zielallokationen (SAA)



# Anhang 2 – für Vermögen ab CHF 1'000'000

Teilvermögen des Zurich Invest Institutional Funds

## Produktkatalog der Zurich Anlagestiftung (ZAST)

Anlagen	Währung	ISIN	Handelbarkeit	Gewichtung	
<b>Geldmarkt</b>					
ZAST Geldmarkt CHF	CHF	CH0007228585	Gemäss Reglement		
<b>Obligationen</b>					
ZAST Obligationen CHF Inland	CHF	CH0007226944	Gemäss Reglement		
ZAST Obligationen CHF Inland SDC	CHF	CH0231675825	Gemäss Reglement		
ZAST Obligationen CHF 15+	CHF	CH0023842088	Gemäss Reglement		
ZAST Obligationen CHF Ausland	CHF	CH0017314961	Gemäss Reglement	Quote von max. 100%	
ZAST Obligationen Euro (CHF hedged)	CHF	CH0007227074	Gemäss Reglement		
ZAST Obligationen Unternehmungen Euro (CHF hedged)	CHF	CH0017561389	Gemäss Reglement		
ZAST Obligationen Unternehmungen USD (CHF hedged)	CHF	CH0192556410	Gemäss Reglement		
ZAST Green Bonds Global (CHF hedged)	CHF	CH1148731479	Gemäss Reglement		
<b>Wandelanleihen</b>					
ZAST Wandelanleihen Global (CHF hedged)	CHF	CH0025219228	Gemäss Reglement		
<b>Aktien passiv</b>					
ZAST Aktien Schweiz Passiv	CHF	CH0023841551	Gemäss Reglement		
ZAST Aktien Europa Passiv	CHF	CH0023841783	Gemäss Reglement		
ZAST Aktien USA Passiv	CHF	CH0023842013	Gemäss Reglement		
ZAST Aktien Japan Passiv	CHF	CH0023841916	Gemäss Reglement		
ZAST Aktien Emerging Markets Passiv	CHF	CH0260886277	Gemäss Reglement		
ZAST Aktien Global Small Cap Passiv	CHF	CH0201365837	Gemäss Reglement	Quote von max. 85%	
<b>Aktien aktiv</b>					
ZAST Aktien Schweiz	CHF	CH0007218610	Gemäss Reglement		
ZAST Aktien Europa	CHF	CH0007226837	Gemäss Reglement		
ZAST Aktien USA	CHF	CH0007226936	Gemäss Reglement		
ZAST Aktien Japan	CHF	CH0010117619	Gemäss Reglement		
ZAST Aktien Emerging Markets	CHF	CH0022618836	Gemäss Reglement		
<b>Immobilien</b>					
ZAST Immobilien Wohnen Schweiz	CHF	CH0018192903	Wöchentlich	Quote von max. 30%, wovon maximal ein Drittel im Ausland	
ZAST Immobilien Geschäft Schweiz	CHF	CH0032598069	Wöchentlich		
ZAST Immobilien Indirekt Global Passiv	CHF	CH0029744171	Gemäss Reglement		
<b>Alternative Anlagen</b>					
ZAST Senior Loans Global (CHF hedged)	CHF	CH0221374652	Monatlich		
Senior Loans Global	CHF	CH0231674877	Monatlich	Quote von max. 15%	
CSIF II Gold Blue (CHF hedged)	CHF	CH0352765397	Wöchentlich		

## Fremdwährungen

Positionen in einer ausländischen Fondswährung dürfen maximal 30% des Freizügigkeitsvermögens entsprechen.

## Konditionen der Zurich Invest Freizügigkeitsstiftung

Gestützt auf Ziffer 1 des Stiftungsreglementes erlässt der Stiftungsrat die folgenden Konditionen.

### 1. Kontoführung und Gebühren

**1**

Die Kontoführung ist gebührenfrei.

**2**

Es werden keine Depotgebühren erhoben.

**3**

Alle anderen Kosten werden direkt von den erworbenen Anteilen in Abzug gebracht.

**4**

Beim Erwerb von Anteilen an einer Anlagestrategie im Auftrag des Vorsorgenehmers erhebt die Stiftung je nach gewählter Anlagestrategie Ausgabekommissionen, Rücknahmegebühren sowie Administrations- und Vermögensverwaltungsgebühren. Diese Gebühren werden direkt von den erworbenen Anteilen in Abzug gebracht. Die Höhe der Gebühren in den einzelnen Anlagestrategien kann der Übersicht «Preisverzeichnis und Konditionen» entnommen werden.

### 2. Dienstleistungen

**1**

Der Vorsorgenehmer erhält eine jährliche Vermögensübersicht sowie eine Bescheinigung über erhaltene Einzahlungen.

**2**

Alle Einzahlungen und Rückzüge werden schriftlich bestätigt.

### 3. Mindesteinzahlungen

Es ist keine Mindesteinzahlung erforderlich.

### 4. Rückzüge

Rückzüge in Form einer Kapitalauszahlung sind kostenlos. Für die Übertragung der Anteile auf ein Wertschriftendepot bei einer Bank kann die Stiftung eine Gebühr von CHF 150 pro Valor erheben. Vorbehalten bleibt ein Rückzug gemäss Ziffer 6 nachstehend. Die Voraussetzungen für einen Rückzug sind im Stiftungsreglement geregelt.

### 5. Wohneigentumsförderung

Für Vorbezüge im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge erhebt die Stiftung vom Vorsorgenehmer eine Gebühr von CHF 300. Die Gebühr für die Anmerkung im Grundbuch geht ebenfalls zu Lasten des Vorsorgenehmers.

### 6. Steuern

Während der Dauer der Vorsorgevereinbarung sind keine Verrechnungssteuern und keine eidgenössische Umsatzabgabe geschuldet. Im Übrigen gilt Ziffer 11 des Stiftungsreglementes.

### 7. Änderung der Konditionen

Die Stiftung ist berechtigt, ihre Konditionen jederzeit zu ändern. Änderungen der Konditionen werden den Vorsorgenehmern in geeigneter Weise bekanntgegeben.

Dieses Reglement ersetzt die Fassung vom 1. Oktober 2016 und tritt per 1. Januar 2023 in Kraft.

Zürich, im Oktober 2022  
Der Stiftungsrat

